



Presseschau vom 14.12.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends / nachts:

Gefunden auf der Homepage der Brigade „Prisrak“:

Im Dorf Donezkij fand ein Ehrengericht der Offiziere statt.

Am 09. Dezember fand ein Ehrengericht der Offiziere im Dorf Donezkij (LVR) über zwei Offiziere der Brigade „Prisrak“ statt, deren Handlungen nach ausgiebigem Alkoholkonsum während der Dienstzeit zu einem Unfall führte – zur Verwundung eines der Kämpfer der Einheit.

Die Kommandeure der Brigade „Prisrak“ teilten mit, dass man nicht die Absicht habe, die Offiziere, die dieses Verbrechen, kombiniert mit erschwerenden Umständen (Trunkenheit im Dienst und Machtmissbrauch), begangen haben, zu decken.

„Im Moment werden unter der Kontrolle der offiziellen Vertreter der verantwortlichen Strukturen die Ermittlungen durchgeführt, deren Ergebnis den Schweregrad der Schuld der an dem Verbrechen beteiligten Personen bestimmen wird. Diese Offiziere, die so die Ehre der Uniform und die Reputation der Brigade verunglimpfen, wird niemand in Schutz nehmen.“



http://mozgovoy.info/uploads/posts/2015-12/thumbs/1450075074_2015-12-14_093644.jpg

Vormittags:

De.sputniknews.com: Medwedew in China: Energie-Verträge für dutzende Milliarden Dollar – Tagung der SOZ

Russlands Regierungschef Dmitri Medwedew hat am Montag seinen viertägigen Besuch in China begonnen.

Er wird an einer Tagung des Rates der Regierungschefs der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) teilnehmen sowie eine Reihe von bilateralen Treffen abhalten, darunter mit dem afghanischen Premier Abdullah Abdullah und dem Vorsitzenden der VR China, Xi Jinping.

Auf dem Programm des SOZ-Treffens stehen Fragen der Entwicklung der Handels- und Wirtschaftskooperation im Rahmen der Organisation im Kontext der gegenwärtigen Lage in der Weltpolitik und –wirtschaft.

Es wird erwartet, dass die Regierungschefs Russlands, Chinas, Kasachstans, Kirgisiens, Tadschikistans und Usbekistans in engem Kreis die Umsetzung der Beschlüsse des SOZ-Gipfels erörtern werden, der im Juli in Ufa stattgefunden hat. Dabei geht es in erster Linie um die Konzipierung einer Road Map für die Realisierung der Entwicklungsstrategie der Organisation bis 2025, unter anderem in der Wirtschaft und im humanitären Bereich. Besondere Schwerpunkte gelten dabei dem Verkehrswesen, der Energie und der Lebensmittelproduktion sowie einer Steigerung der Qualität des praktischen Zusammenwirkens.

Bei der Diskussion in der Plenarsitzung, an der Vertreter der Beobachterländer – Afghanistan, Weißrussland, Indien, Iran, Mongolei und Pakistan sowie einer Reihe von internationalen Organisationen – teilnehmen werden, soll eine aktivere Einbeziehung der Beobachter und Partner in die wirtschaftliche Kooperation im Rahmen der SOZ im Mittelpunkt stehen.

Ein zentraler Punkt der russisch-chinesischen Zusammenarbeit ist die Kooperation im Energiebereich. Wie Medwedew im Vorfeld seines China-Besuchs betonte, handelt es sich dabei um russische Öl- und Gaslieferungen an die VR China im Wert von dutzenden Milliarden Dollar.

Dan-news.info: Ein Park aus Traktoren, Mähreschern und Anhängeraggregaten – insgesamt mehr als 200 Stück - hat die DVR in diesem Jahr aus der RF erhalten. Dies teilte der Landwirtschaftsminister der DVR Maxim Sawenko mit.

„Die Bildung dieser Einheit wurde mit einer Lieferung von 25 Sämaschinen vom Typ KAMAS aus Russland abgeschlossen. Insgesamt wurden der DVR 30 moderne Mährescher, 20 Traktoren, zahlreiche Anhängeraggregate – Sprühgeräte, Grubber, Sämaschinen – übergeben“, sagte er.

Nach seinen Worten hat es die aus der RF gelieferte Technik den landwirtschaftlichen Betrieben erlaubt, rechtzeitig die Getreideernte einzubringen und erfolgreich die Herbstsaat durchführen und dabei Winterkulturen auf einer Fläche von 92.000 Hektar auszusäen.

„Die Lieferung von Landwirtschaftstechnik an die Landwirte der Republik wird auch im nächsten Jahr weitergehen“, fuhr der Minister fort.

Wir erinnern daran, dass die Technik als humanitäre Hilfe geliefert wird. Wie Sawenko zuvor mitgeteilt hatte, wird sie in speziell gebildeten Maschinen-Technik-Stationen des staatlichen Unternehmens „AgroDonbass“ konzentriert, das sich unter Kontrolle des Landwirtschaftsministeriums befindet. Von dort aus wird sie an die Betriebe verliehen, gemäß den von dort eingehenden Anforderungen.

De.sputniknews.com: Russland bewertet das Vorgehen der Türkei im Norden des Iraks als gesetzwidrig. Wie der russische Vizeaußenminister Gennadi Gatilow betonte, gibt es kaum Argumente, die die Invasion rechtfertigen könnten.

„Wir sind der Ansicht, dass das, was im Norden des Iraks geschieht, ein gesetzwidriges Vorgehen der Türkei darstellt“, sagte er vor Journalisten. „Die Invasion in einen Nachbarstaat, dazu noch in solchen Ausmaßen, lässt sich kaum mit Ausbildung, Training usw. rechtfertigen. Deshalb ruft es bei uns Besorgnis hervor.“

Dieses Vorgehen Ankaras „erschwert die ohnehin komplizierte und angespannte Lage in der Region“, fügte er hinzu.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30634/72/306347210.jpg>

Dan-news.info: Ukrainische bewaffnete Gruppierungen haben in der letzten Nacht die frontnahe Zone am nördlichen Rand von Donezk und den westlichen Rand von Gorlowka beschossen. Dies teilte eine Quelle aus den bewaffneten Strukturen der DVR mit.

„Gegen 22:00 haben ukrainische Truppen das Feuer auf das Volvo-Zentrum und das Dorf Shabitschewo eröffnet“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. „Das Feuer kam von den Positionen der Ukrainer in Peski“.

Nach Angaben der Quelle haben etwa zur gleichen Zeit die Ukrainer das Feuer auch auf

Schirokaja Balka westlich von Gorlowka eröffnet.

„Während des Beschusses hat die ukrainische Seite Granatwerfer des Kalibers 82mm, kleinere Granatwerfer und Schusswaffen verwendet“, fügte die Quelle hinzu.

Ukrinform.ua: Am Montag, 14. Dezember, kommen in die Ukraine Verteidigungsminister von Litauen, Lettland, Estland und Polen.

Das meldet per Facebook der ukrainische Verteidigungsminister Stepan Poltorak.

„In die Ukraine kommen Verteidigungsminister von Litauen, Lettland, Estland und Polen.

Nach dem Arbeitstreffen ist die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung bezüglich der Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung geplant“, schreibt er.

Laut Poltorak ist „die Unterzeichnung eines solchen wichtigen Dokuments der Beweis für das Vertrauen in unseren Staat und die Streitkräfte der Ukraine“.

De.sputniknews.com: Ein russisches Küstenschutzboot und ein Raketenschnellboot haben ein Handelsschiff unter der Flagge der Türkei zum Kurzwechsel gezwungen, nachdem dieses in Verletzung internationaler Schifffahrtsregeln den Transport von Ölbohranlagen des russischen Unternehmens Chernomorneftegaz behindert hatte, gab dieses Unternehmen am Montag bekannt.

Wegen einer komplizierten internationalen Lage seien zwei Ölbohranlagen des staatlichen russischen Unternehmens Chernomorneftegaz vom Gasfeld Odessa in die russischen Territorialgewässer verlegt worden.

Beim Verlegen der Bohranlagen war dem Unternehmen zufolge auf der Route des russischen Schiffskonvois mit diesem Objekt „ein nicht identifiziertes Handelsschiff unter der türkischen Flagge aufgetaucht“.

In Verletzung der internationalen Schifffahrtsregeln zur Verhinderung von Schiffskollisionen auf hoher See und allgemein gültigen Normen der Seeschifffahrt hat das türkische Schiff dem Schiffskonvoi den Weg nicht freigegeben und versucht, mitten auf der Route des Konvois haltzumachen und damit bewusst eine Havariesituation hervorgerufen“, heißt es in der Mitteilung des Unternehmens.

„Der Kapitän des türkischen Schiffs verweigerte den Funkkontakt mit den Begleitschiffen und ignorierte die Anrufe.“

Der Zwischenfall wurde mit Hilfe eines Küstenschutzschiffes und eines Raketenschnellboots der russischen Schwarzmeerflotte geregelt, die das Schiff unter der türkischen Flagge zu einem Kurswechsel zwangen, hieß es.

Dan-news.info: Das in der Folge eines Terroraktes in Tores verletzte Kind hat das erste Mal seit drei Monaten auf eigenen Beinen gestanden. Dies teilte heute der Direktor des Gusak-Instituts für Notfall- und wiederherstellende Chirurgie Prof. Emil Fistal mit.

„Der Junge ist das erste Mal aufgestanden und konnte sogar eine Zeit lang stehen bleiben“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. „Zurzeit kann sein Zustand als mittelschwer eingeschätzt werden, aber er fühlt sich gut“.

Der Professor fügte hinzu, dass dem Kind noch eine letzte Operation bevorsteht. „Die Ärzte setzen seine Rehabilitation auf allgemeiner Ebene fort. Mit dem Jungen arbeiten Psychologen, es wird auch auf Krankengymnastik Wert gelegt“, sagte er.

Fistal erinnerte daran, dass das Kind tiefe Verbrennungen an 60% des Körpers erlitten hat, insgesamt 10 Operationen zur Transplantation von Haut und zur Schließung von Wunden hinter sich hat.

Der Terrorakt erfolgte auf dem Truppenübungsplatz von Tores am 24. September während des Panzerwettbewerbs. In der Folge der Explosion starb ein neunjähriges Mädchen, ihr siebenjähriger Bruder kam mit vielen Verletzungen ins Krankenhaus. Außerdem wurden zwei

Erwachsene verletzt.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben gestern die Positionen der Volksmiliz der LVR beim Dorf Kalonowo beschossen, das in der Nähe von Perwomajsk liegt. Dies teilte der stellvertretende Leiter des Stabs der Volksmiliz Oberst Igor Jaschtschenko mit.

„Die ukrainischen Streitkräfte haben aus Richtung Luganskoje das Feuer auf unsere Positionen bei Dorf Kalinowka eröffnet. Insgesamt haben die Kiewer Truppen auf unsere Positionen 15 Geschosse mit Panzertechnik abgeschossen“, erklärte er.

Jaschtschenko fügte auch hinzu, dass niemand verletzt wurde.

De.sputniknews.com: Die USA und die Türkei hätten dem UN-Sicherheitsrat vom Erdölschmuggel durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS, oder Daesh) berichten müssen, haben dies aber nicht getan, sagte der russische UN-Botschafter Vitali Tschurkin in einem Interview gegenüber Sputnik.

„Wir haben ernste Vorwürfe gegen die Art und Weise zu erheben, wie die Resolution (2199 über das Verbot der Finanzierung der Terrororganisationen — Anm. d. Red.) ausgeführt wurde“, so Tschurkin.

Der Diplomat ging auf sein Treffen mit zwei US-Generälen im Pentagon ein, die von dem Vorgehen der US-geführten Koalition berichteten. Tschurkin betonte, die russische Luftwaffe habe bei ihrem vor zwei Monaten begonnenen Syrien-Einsatz bereits zahlreiche Fotoaufnahmen vom illegalen Öltransport über die türkische Grenze gemacht. "Haben die USA, deren Luftwaffe seit einem Jahr in Syrien eingesetzt sei, nichts davon gewusst?", fragte Tschurkin rhetorisch. „Sie wussten ganz bestimmt davon und hätten den Sicherheitsrat darüber informieren müssen“, so der Diplomat.

Gemäß der Resolution 2199, die im Februar 2015 auf Initiative Russlands angenommen worden war, müssen die Länder, sobald sie über Informationen dieser Art verfügen, diese dem UN-Sicherheitsrat melden.

Dan-news.info: Der Beschuss von Dokutschajewsk (südwestlich von Donezk) von Seiten der ukrainischen Streitkräfte am vergangenen Wochenende hat der Infrastruktur der Stadt keinen Schaden zugefügt. Dies teilte der Pressedienst der örtlichen Verwaltung mit.

„Beschädigungen gibt es zum Glück in der Stadt nicht – es waren irgendwelche lokalen Beschüsse am Rand der Stadt“, heißt es im Bürgermeisteramt.

Die Gesprächspartnerin der Agentur berichtete über eine Zunahme der Intensität der Kämpfe in den Vorstädten in der letzten Zeit. „Sie erfolgen immer öfter“, heißt es aus dem Pressedienst der Stadtverwaltung.

Es wurde auch daran erinnert, dass in der Stadt nach einer langen Unterbrechung die Wasserversorgung vollständig wiederhergestellt wurde. Vorkommende lokale Abschaltungen sind nicht mit der Lage an der Front verbunden.

Dnr-online.ru: Die Mitglieder der Gewerkschaften erhalten die notwendige humanitäre Hilfe. Dies berichtete der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation der DVR, das Mitglied der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ Maxim Parschin in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR.

„Die Gewerkschaften sind eine der Institutionen der Zivilgesellschaften, die für Verteidigung der Rechte und Interessen der Werktätigen stehen. Die Organisation übt die Kontrolle über Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit aus, leistet ihren Mitgliedern kostenlose juristische Unterstützung“, sagte Maxim Parschin.

Die Mitglieder der Gewerkschaften erhalten auch humanitäre Hilfe.

„Arbeiter der Unternehmen „Artjomugol“ und „Ordshonikidseugol“, die sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befinden, haben humanitäre Hilfe aus der Reserve des Republikoberhauptes erhalten. Im Bergwerksbereich „Wolynskoje“ haben 720 Menschen humanitäre Hilfe erhalten. Der Zulieferungsbetrieb „Donezker Kohle-Energie-Unternehmen“ hat auch die notwendige Unterstützung erhalten“, fuhr er fort.

Zum Tag des Bergmanns hatten russische Bergleute ihren Donezker Kollegen Lebensmittel übergeben.

De.sputniknews.com: Das wichtigste Ziel der Nato bleibt das Vorgehen gegen Russland – unabhängig davon, wie sie selbst ihre Aktivitäten begründet. Davon sind russische Militärexperten überzeugt. Auch Verteidigungsminister Schoigu zeigt sich besorgt über die Aufstockung der Nato-Kräfte in Zentral- und Osteuropa.

Der russische Fernsehsender Swesda zitierte am Montag in seiner Online-Ausgabe den Militärexperten Ruslan Puchow mit den Worten: „Die seit anderthalb Jahrzehnten laufende Transformation der Nato hat aus russischer Sicht das Wesen der Allianz kaum geändert.“ All die Anti-Terror- und Friedenseinsätze der Nato scheinen laut Puchow nur darauf abzuzielen, neue Existenzformen zu finden, um die Allianz aufrechtzuerhalten. Deren primäre Funktion bleibt nach Ansicht des Experten aber dieselbe, und zwar die Eindämmungspolitik gegen Russland.

Puchow konkretisierte, die Nato wolle die Territorien ihrer osteuropäischen Mitglieder als günstige Aufmarschgebiete nutzen, um von dort aus lebenswichtige Zentren in Russland bei Bedarf gefährden zu können:

„Die von Lord Ismay, dem ersten Nato-Generalsekretär, formulierte Aufgabe ‚to keep the Russians out‘ bleibt offensichtlich die zentrale strategische Linie der Nato-Staaten gegenüber Russland. Der Unterschied besteht nur darin, dass man Europas Grenze nun bei Smolensk und Kursk ziehen möchte.“

Wie der Sender berichtet, will die Nato im Rahmen ihres europäischen Programms insgesamt rund 12.000 Militärfahrzeuge und schwere Waffensysteme aus den USA nach Zentral- und Osteuropa verlegen. Vorerst befindet sich diese Militärtechnik zumeist in Deutschland.

Der russische Militäranalytiker Wladislaw Schurygin sagte dem Sender: „Die Nato ist das einzige Militärbündnis weltweit, das das Ziel verfolgt, Russland einzudämmen. Darin bestehen der Sinn und die Hauptaufgabe der Allianz. Dass Russland im Nahen Osten notgedrungen intensiver vorgeht und dort Luftabwehrsysteme stationiert, wird die Nato als Vorwand nutzen und nicht außer Acht lassen.“

Schurygin prognostiziert: „Aus türkischer Richtung wird man eine spezielle Militärgruppe zur Eindämmung von Russland aufstellen. Die Stationierung amerikanischer Kampffahrzeuge in Osteuropa ist ebenfalls Teil dieses Szenarios. Die Behauptungen, dass die Allianz mit ihrer Verstärkung lediglich auf Russlands Vorgehen reagiere, sind nur vorgetäuscht. Mit ihrem Handeln in Europa hat die Nato ihre realen Ziele und Aufgaben gezeigt: Alles, was Russland schadet, ist gut.“

Über die Aktivitäten der Nato hatte sich kürzlich auch der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu besorgt gezeigt: „Die Tendenz zu einer militärpolitischen Zuspitzung weltweit – insbesondere in Europa, Zentralasien und im Nahen Osten – setzt sich fort. Die Nato erweitert sich konsequent. Innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums hat sich die Zahl ihrer Mitglieder um zwölf weitere Länder nahezu verdoppelt (...).

Alleine im laufenden Jahr ist die Zahl von Nato-Flugzeugen im Baltikum, in Polen und in Rumänien insgesamt achtmal größer, die Zahl der Nato-Soldaten dort 13-mal größer geworden. In diese Länder wurden bis zu 300 Panzer und Schützenpanzer zusätzlich verlegt.“

Die Nato selbst begründet ihre Aktivitäten mit der Notwendigkeit, auf Russlands Vorgehen zu reagieren, vor allem im Hinblick auf die Ukraine. Nato-Chef Jens Stoltenberg hatte im Mai bei einem Ministertreffen der Allianz gesagt: „Heute besprechen wir zunehmende Sicherheits-

Herausforderungen an unseren Ost- und Südgrenzen.

Im Osten hat Russland gewaltsam seine Grenzen geändert. Im Süden hat der Extremismus unterdessen einen beispiellosen Stand erreicht. Deshalb passen wir die Arbeit der Allianz den aktuellen Verhältnissen an und führen die größte Verstärkung des Bündnisses seit dem Kalten Krieg durch.“

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Der für Dezember in St. Petersburg anberaumte russisch-türkische Gipfel ist abgesagt. Das teilte Dmitri Peskow, Sprecher des russischen Staatschefs, am Montag gegenüber Journalisten mit...



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30621/51/306215199.jpg>

De.sputniknews.com: Große Mengen afghanischen Heroins werden über die Türkei auf den Balkan und dann in die EU geschmuggelt, wie der Chef der russischen Drogenkontrollbehörde (FSKN), Viktor Iwanow, am Montag gegenüber Journalisten sagte. „In diesem Fall fällt die Route von geschmuggeltem Öl mit der von Drogen zusammen. Afghanisches Heroin wird über die Türkei weiter in die EU-Länder transportiert, Öl fließt auch in Richtung Türkei“, so Iwanow.

Der Transit von Drogen afghanischer Herkunft bringe Ankara jährlich bis zu 150 Milliarden US-Dollar.

„Die Türkei ist ein Transitland afghanischen Heroins, gerade deswegen fließt dorthin auch kriminelles Öl“, sagte der FSKN-Chef...

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko

Die Aufklärung der Volksmiliz stellt weiterhin eine Konzentration von schweren Waffen und Personal an der Kontaktlinie durch die ukrainischen Streitkräfte fest.

„So wurde in Staniza Luganskaja- das sich an der Abgrenzungslinie befindet, die Ankunft von 10 Einheiten Panzertechnik, darunter fünf T-64-Panzern, einigen Lastwagen mit Geschützen.

Außerdem sind etwa 50 ukrainische Soldaten eingetroffen“, sagte er.

Nach den Worten Jaschtschenkos werden ähnliche Dinge auch in anderen Ortschaften in der Nähe der Kontaktlinie festgestellt.

„In Nishnij Mintschok, 27 km von der Abgrenzungslinie, wurde die Stationierung von zehn T-64-Panzern festgestellt. Außerdem wurden Panzer und Panzertechnik auch in Schirokij bemerkt“, sagte der stellvertretende Leiter des Stabs.

Er unterstrich auch, dass weitere Fakten der Verletzung des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Seite auch von Mitarbeitern der OSZE-Mission festgestellt wurden.

„Ich will die Aufmerksamkeit auf die im Bericht der OSZE-Mission veröffentlichten weiteren Verletzungen der Vereinbarungen der „normannischen Vier“ durch die ukrainische Seite lenken. So wurde bei der Überprüfung der Lagerorte für schwere Waffen der ukrainischen Streitkräfte von OSZE-Vertretern das Fehlen von drei Granatwerfern 2S12 „Sani“ des Kalibers 120mm festgestellt“, sagte Jaschtschenko.

Der Vertreter des Volksmiliz erinnerte auch daran, dass die Gefahr von Terrorakten und Diversion an lebenswichtigen Objekten der Republik und an Orten mit vielen Menschen durch Spezialdienste der Ukraine weiter besteht.

„Wir rufen die Einwohner der Republik auf, achtsam zu sein und über alle verdächtigten Personen die Militärkommandanturen und die Rechtsschutzorgane zu informieren“, unterstrich er.

Dnr-online.ru: Der Generaldirektor des staatlichen Konzerns „Donbassgas“ Sergej Filippow kommentierte in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR die Situation bei dem Wiederaufbau von Bauarbeiten an Objekten der Gasversorgung, die unter der Ukraine nicht fertig gestellt wurden.

„In den letzten Jahren lief der Gasanschluss von Siedlungen zu Lasten der örtlichen Budgets und der Einwohner selbst, das heißt die Verwaltung gab einen Teil der Mittel, den zweiten Teil trugen die Einwohner bei, sie gründeten Kooperativen und der Prozess des Baus von Gasleitungen begann. Im Zusammenhang damit, dass das ukrainische Budget keine Zahlungen mehr leistete, wurden Gasversorgungssysteme nicht fertig gebaut. Wir haben dem Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko vorgeschlagen, die Arbeit an solchen Objekten fortzusetzen“, sagte Filippow.

Außerdem berichtete Sergej Filippow über Pläne, in der nächsten Zeit weitere Projekte zum Gasanschluss in der Republik durchzuführen: „Zurzeit beenden wir die Arbeiten beim Gasanschluss der Kooperative „Persej“ im Petrowskij-Bezirk von Donezk, der sich an der Kontaktlinie befindet und stark zerstört wurde. Außerdem gibt es in Sneshnoje einige Heizwerke, die von einem privaten Unternehmen gebaut wurden, das offensichtlich die Mittel nicht gemäß ihrer Bestimmung verwendet hat. In der Folge wurden diese Objekte nicht ausgestattet und zurzeit haben wir die Arbeiten an 2 von 6 solchen Objekten abgeschlossen. Das Hauptproblem ist, dass derzeit sehr schwer Material zu bekommen ist, bei manchen Lieferungen dauert es mehr als einen Monat.“

De.sputniknews.com: Türkei eignet sich IS-Raubkunst an - Syriens Antiquitätenminister Syriens oberster Archäologe, Mamun Abdulkarim, hat die Behörden in Ankara beschuldigt, die aus syrischen historischen Stätten geraubten Kunst- und Kulturobjekte nicht zurückerstatten zu wollen, meldet Reuters.

Laut Abdulkarim sind bislang etwa 2.000 Kunstobjekte aus Kulturstätten wie Palmyra, das nun in ein IS-Gefängnis verwandelt worden sei, und der mesopotamischen Stadt Mari nahe der irakischen Grenze geraubt und in die Türkei geschmuggelt worden. Ankara wolle jedoch mit den syrischen Behörden nicht kooperieren und ignoriere die Ansprüche aus Damaskus. „Die türkische Regierung weigert sich, die beschlagnahmten Objekte zu registrieren. Es gibt keine Daten, keine Bilder. Das ist nicht transparent. Sie sollten ihre Vorgehensweise ändern.“

Doch sie sagten uns, dass sie das nicht machen könnten, da ihr Gesetz ihnen das verbieten würde", sagte er in einem Interview für die Nachrichtenagentur.

Zudem hätten einige IS-Terrormilizgruppen spezielle Erlaubnisse für die Plünderung der syrischen Kulturstätten erhalten – im Austausch für die Kürzung ihres Gewinns.

Mit diesen Dokumenten ausgestattet, hätten die Terroristen Stätten wie Mira mit Bulldozern attackiert, um die gefundenen Objekte später in die Türkei zu schmuggeln.

„Im vergangenen Monat haben wir solche Dokumente gefunden. Dort steht geschrieben, dass das „Archäologie-Ministerium von Daesh“ diese Person berechtigt, beliebige Ausgrabungen an dieser Stätte durchzuführen“, so Abdulkarim.

„Es ist notwendig, dass europäische Länder, die Vereinigten Staaten, Japan und andere Länder die Menschen davon überzeugen, sich des Kaufes unserer Artefakte zu enthalten“, betonte er.

Es gäbe Käufer solcher Objekte in Großbritannien, den Vereinigten Staaten, den arabischen Golfstaaten, China, Frankreich, Deutschland und der Schweiz. „Wenn Sie unsere Artefakte kaufen, unterstützen Sie den Daesh“, betonte er.

Neben den von der Türkei beschlagnahmten 2.000 Kulturobjekten seien 300 aus Jordanien und 90 aus dem Libanon zurückerstattet worden. 6.500 seien unmittelbar in Syrien von den Behörden beschlagnahmt worden.

Ein Sprecher des türkischen Kulturministeriums habe seinerseits jedoch erwidert, dass Abdulkarims Vorwürfe aus der Luft gegriffen seien. „Einige syrische Antiquitäten konnten womöglich in die Türkei geschmuggelt werden. Wir tun aber unser Bestes, um diesen Schmuggel zu verhindern“, betonte er.

Die IS-Extremisten hatten bereits im Jahr 2013 mit aktiven Plünderungen von Museen und archäologischen Stätten begonnen. Laut dem US-Informationdienstleister IHS ist Schmuggel von historischen Artefakten eine der Haupteinnahmequellen der Terrororganisation. Vor diesem Hintergrund ist die Eroberung der reichsten Stadt der Spätantike, Palmyra, ein sehr wichtiger Erfolg für den Islamischen Staat.

Die zum UNESCO-Weltkulturerbe gehörende Stadt war im Mai dieses Jahres unter die Kontrolle des sogenannten „Islamischen Staates“ geraten. Anfang Oktober hatten die Terroristen den Triumphbogen zerstört, der Ende des 2. Jahrhunderts n. Chr. von den Römern errichtet worden war.

Am 4. September hatte die IS-Miliz drei Grabtürme aus der Zeit zwischen 44 und 103 n. Chr. gesprengt. Am 1. September hatte die Uno Informationen über die Zerstörung des Baal- und des Baalschamin-Tempels aus der Antike bestätigt. Am 19. September hatten die IS-Terroristen den Chef-Archäologen der Oasenstadt auf deren Hauptplatz hingerichtet und später drei Zivilisten an Säulen festgebunden und mit einem Sprengsatz umgebracht.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30475/44/304754485.jpg>

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR hat sich in den letzten 24 Stunden nicht verändert. Die ukrainischen Truppen haben sieben Mal das Regime der Feueinstellung verletzt.

„Von den Positionen der ukrainischen Abteilungen und nationalistischen Bataillone wurden auf das Territorium der Republik mehr als zehn Granatgeschosse abgeschossen und es wurden acht Beschüsse mit Panzerwaffen registriert. Beschossen wurden die Gebiete von Oserjanowka, Staromichajlowka, Tawritscheskoje, Spartak und das Gebiet des Flughafens von Donezk. In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen 82 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Auf friedliche Ortschaften der Republik und Positionen der Armee der DVR wurden mehr als 188 Granatgeschosse abgefeuert, darunter 130 Geschosse des Kalibers 120mm, 58 Geschosse des Kalibers 82mm und es wurden 22 Beschüsse mit Panzerwaffen durchgeführt. Alle Daten über die Verletzungen wurden den Vertretern des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination und der OSZE-Mission übergeben. Verluste unter den Soldaten der Armee der DVR gibt es nicht, drei Soldaten wurden verletzt“, teilte Eduard Basurin mit.

Das Verteidigungsministerium der DVR stellt täglich Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Seite fest, insbesondere eine Konzentration von schweren Waffen entlang der gesamten Kontaktlinie und nicht endende Beschüsse des Territoriums der Republik.

„Es wurde eine Konzentration festgestellt:

In Richtung Gorlowka in den Bereichen der Ortschaften:

- Bogoroditschnoje – 200 Einheiten Militärtechnik, darunter 20 Mehrfachraketenwerfer „Grad“;
- Drushowka – zwölf Einheiten Panzertechnik;
- Alexesejewo-Drushkkowka – 18 Einheiten Panzertechnik;
- Artjomowsk – 80 Einheiten Waffen und Waffentechnik, darunter 33 Panzer, 21 Einheiten Panzertechnik und 16 Lastwagen mit Munition für Mehrfachraketenwerfer „Grad“;
- Konstantinowka – acht Panzer und sechs Lastwagen mit Munition;
- Sajzewo – 22 Einheiten Panzertechnik;
- Datsch – zwei Einheiten Panzertechnik;
- Nowoluganskoje – 38 Einheiten Panzertechnik;
- Dsershinsk – zwölf Mehrfachraketenwerfer „Grad“;
- Beresowka – 100 Einheiten Waffen und Waffentechnik, darunter 33 Panzer, 18 Mehrfachraketenwerfer „Grad“, 24 Artilleriegeschütze, 12 Einheiten Panzertechnik, 13 Lastwagen mit Munition und Personal;
- Nowgorodskoje sechs Panzer, drei Einheiten Panzertechnik und zwei Lastwagen mit Munition;
- Dimitrow zehn Einheiten Panzertechnik.

In Richtung Donezk in den Bereichen der Ortschaften:

- Progress- vier Artilleriegeschütze und vier Mehrfachraketenwerfer „Grad“;
- Nowoshelannoje – 5 Einheiten Panzertechnik;
- Selidowo – sechs Artilleriegeschütze „Msta-C“;
- Peski – zwei Einheiten Panzertechnik und drei Fahrzeuge mit Munition;
- Berestki – neun Panzer drei Fahrzeuge mit Munition;
- Geogrijewka – drei Artilleriegeschütze und zwei Einheiten Panzertechnik;
- Marjinka – fünf Mehrfachraketenwerfer „Grad“, zehn Einheiten Panzertechnik und sechs Fahrzeuge mit Munition;
- Dalneje – zwölf Haubitzen „Msta-B“;
- Nowomichajlowka – vier Einheiten Panzertechnik und sechs Fahrzeuge mit Munition.

In Richtung Mariupol in den Bereichen der Ortschaften:

- Nikolajewka – vier Mehrfachraketenwerfer „Grad“;
- Wolnowacha – vier Lastwagen mit Munition;
- Xenowka – vier Mehrfachraketenwerfer „Grad“, zwei Haubitzen D-30 und vier Fahrzeuge mit Munition;
- Sartana – acht Panzer;
- Mariupol – drei Panzer und zwei Einheiten Panzertechnik;
- Schirokino – vier Panzer und hundert Mann“, sagte Eduard Basurin.

Das Kommando der ATO koordiniert die Konzentration von Kräften und Mitteln entlang der gesamten Kontaktlinie und richtet dabei die besondere Aufmerksamkeit auf terroristische Aktivitäten in Bezug auf die militärisch-politische Führung, soziale Objekte und die friedliche Bevölkerung der Republik, teilte der stellvertretende Kommandeur mit.

„Davon zeugt auch die gestrige Diversion im Bereich von Gorlowka bei der Durchführung von Reparaturarbeiten zur Wiederherstellung eines Teilstücks der Wasserleitung Sewerskij Donezk – Donbass, das sich in der Pufferzone befindet. Bei der Durchquerung eines zuvor entminnten Teilstücks gerieten zwei Techniker der Armee der DVR auf eine Mine und nur durch einen glücklichen Zufall wurden die sich in der Nähe befindenden Beobachter der OSZE und des Gemeinsamen Zentrums nicht verletzt.

Mit diesem und vielen anderen Beispielen seiner verbrecherischen Aktivität zeigt das offizielle Kiew gegenüber der Weltöffentlichkeit seinen Unwillen und das völlige Fehlen eines Verständnisses für die Lösung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg.

Wir rufen die Teilnehmer des Normannischen Formats auf, keine Wiederaufnahme der Kämpfe aufgrund der groben Verletzung der Minsker Vereinbarungen durch die Kiewer Regierung zuzulassen.

Nur mit einer einheitlichen Front und gemeinsamen Handlungen bei der Lösung des Konflikts im Donbass können wir den Frieden in unser Land zurückbringen“, erklärte Eduard Basurin.

De.sputniknews.com: In den Irak und nach Syrien könnten im Kampf gegen den “Islamischen Staat” (IS) 100 000 arabische und türkische Soldaten unter US-Schirmherrschaft entsandt werden. Die Türkei hat bereits Truppen entsandt, was zur Abkühlung der Beziehungen mit dem Irak führte, und den Iran dazu provozierte, seinen eigenen Bodeneinsatz anzukündigen....

Ukrinform.ua: Die Europäische Kommission soll am Dienstag positive Empfehlungen zur Abschaffung der Visumpflicht für die Ukraine und Georgien geben.

Das erklärte am Montag in Brüssel Johannes Hahn, EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, vor der Sitzung des EU-Rates für Auswärtige Angelegenheiten, berichtet der Ukrinform-Korrespondent in Brüssel.

„Diese Woche bekommen wir positive Berichte und Empfehlungen zur Visaliberalisierung“, sagte der Politiker zu Berichten der Europäischen Kommission über die Fortschritte bei der Umsetzung durch die Ukraine und Georgien des Aktionsplans über die Visaliberalisierung.

Ukrinform.ua: Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, nannte Themen, die er diese Woche bei seinem Besuch in Brüssel erörtern wird.

Das sagte er heute beim Kennenlernen des Prozesses der Produktion von Formularen für die Pässe ukrainischer Bürger des neuen Musters in Form einer Plastikkarte, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Während meines Besuchs in Brüssel werden wir übermorgen und am Donnerstag zwei äußerst wichtige Schritte für die Ukraine erörtern – die Entscheidung der Europäischen Kommission über den Abschluss der Bewertungsmission bezüglich der Umsetzung durch die Ukraine der Anforderungen des visafreien Regimes und die Entscheidung des Europäischen Rates über die Verlängerung der Sanktionen gegen die Russische Föderation – das Aggressor-Land - für die Nicht-Erfüllung der Abkommen von Minsk. Diese Woche wird also äußerst wichtig für die Ukraine sein“, sagte Poroschenko.

De.sputniknews.com: Ukraine drängt auf Visa-Freiheit – Bayern ist dagegen

Europa sollte sich endlich ernsthaft um die Sicherheit der europäischen Grenzen kümmern statt erneut Fehler wie bei der Visabefreiung für die Westbalkanstaaten zu begehen, teilte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann am Montag der „Passauer Neuen Presse“ mit.

Die Ukraine und Georgien drängen die EU dazu, die Visapflicht für die Einreise in die Union abzuschaffen. Bis zum Jahresende soll geprüft werden, ob es dafür eine Perspektive gibt. Bayerns Innenminister spricht sich gegen Visa-Erleichterungen für Ukrainer und Georgier auf. Die Aufhebung der Visapflicht für die Ukraine und Georgien würde seiner Meinung nach in der aktuellen Situation die Flüchtlingskrise weiter verschärfen. Seit dem Beginn der Ukraine-Krise habe sich die Zahl der ukrainischen Asylbewerber in Deutschland vervierfacht. „Waren es 2013 noch 141 Asylbewerber, lag die Zahl 2014 schon bei 2.657. Für 2015 gehen wir nochmals von einer Verdoppelung aus“, erklärte Bayerns Innenminister. Dabei entfalle etwa die Hälfte der Antragsteller auf Bayern.

Nach der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU im Juni des vergangenen Jahres will das Land ein vollständiger Mitgliedsstaat der Europäischen Union werden. Die ukrainischen Behörden rechnen auch mit der Abschaffung der Visapflicht bereits im kommenden Jahr.

Georgien hofft ebenfalls auf die Einführung des visafreien Reiseverkehrs bis zum Ende dieses, Anfang kommenden Jahres. Die EU-Kommission wird am 15. Dezember einen Fortschrittsbericht über die Umsetzung der Visaliberalisierung (VLAP) seitens Georgiens veröffentlichen.

Dnr-online.ru: Der Landwirtschaftsminister der DVR, das Mitglied der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ Maxim Sawenko hat in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR über die staatliche Politik im Bereich des Schutzes und der Entwicklung von Naturschutzgebieten der DVR berichtet.

„Derzeit haben wir die grundlegenden Naturschutzgebiete unserer Republik erfasst. Die Personalausstattung dieser Naturschutzgebiete ist wie früher und die Maßnahmen zum Schutz und der Erhaltung der Arten und Landschaften sind nicht eingestellt worden, denn sollten wir diese Zonen verlieren, wird es nicht gelingen, sie wieder zu errichten. Es muss gesagt werden, dass unsere Naturschutzgebiete mit denen in der RF verbunden sind. Beispielsweise beginnt das Gebiet „Meotida“ im Gebiet von Berdjansk und endet im Rostower Oblast“, teilte der Minister mit.

Außerdem erläutert Maxim Sawenko die Pläne zur Steigerung der Zahl der Maßnahmen, die auf den Erhalt der Naturschutzgebiete der Republik abzielen. „Ich meine, dass den Naturschutzgebieten viel mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Im nächsten Jahr wird das Naturschutzgebiet „Chomutowskaja-Steppe“ 90 Jahre alt. Dieses Ereignis ist ein globales nicht nur für den Staat, sondern für alle lebenden Arten des Naturschutzgebiets. Und wenn es uns in diesem Jahr gelungen ist, diese Territorien zu erfassen und die Mittel für die Arbeitsentgelte der Mitarbeiter bereit zu stellen, so planen wir im nächsten Jahr weitaus mehr zu tun“.

De.sputniknews.com: Türkei bricht von USA unterzeichnetes Memorandum über Flugsicherheit

Die USA haben laut dem russischen Außenministerium die Erfüllung des Memorandums über die Flugsicherheit durch die Türkei nicht gewährleistet, obwohl Washington die Verantwortung für das Vorgehen seiner Anti-IS-Koalition in Syrien übernommen hat.

„Obwohl ein Memorandum über die Flugsicherheit in Syrien zwischen den Verteidigungsministerien der beiden Länder (der USA und Russland – d. Red.) unterzeichnet wurde, hat Washington, das die Verantwortung für die Handlungen der von ihm angeführten Koalition übernahm, die Umsetzung der entsprechenden Bestimmungen dieses Dokuments durch seinen Verbündeten, die Türkei, nicht gewährleistet“, heißt es in der Mitteilung des

russischen Außenministeriums, die auf dessen Internetseite veröffentlicht wurde. Zuvor hatte das russische Außenministerium die Erklärungen seitens der USA über Russlands „Isolation“ im Vorfeld des Moskau-Besuchs von US-Außenminister John Kerry als „einfach lächerlich“ bezeichnet...

Dan-news.info: Das Erscheinen eines Stabs der OSZE-Mission in Gorlowka hat die Häufigkeit der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen nicht beeinflusst. Dies erklärte heute der Leiter der Stadtverwaltung Roman Chramenkow. „Die Anwesenheit eines OSZE-Stabs in Gorlowka hat die Zahl der Beschüsse der Stadt nicht beeinflusst“, sagte der Bürgermeister. Nach den Worten Chramenkows wird von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte vorwiegend auf den Rand der Stadt geschossen.

Abends:

De.sputniknews.com: Türkischer Abgeordneter: IS-Kämpfer bekamen Giftgas aus der Türkei
Der Abgeordnete von der republikanischen Volkspartei Eren Erdem hat am 10. Dezember dem türkischen Parlament Beweise für die Lieferung des chemischen Kampfstoffes Sarin aus der Türkei nach Syrien vorgelegt.

2013 habe die Staatsanwaltschaft des türkischen Adan, so der Politiker, ein Strafverfahren eingeleitet und mehr als zehn türkische Staatsbürger festnehmen lassen, die allerdings trotz der Beweise für ihre Beteiligung an den Giftgas-Lieferungen nach Syrien nach sieben Tagen wieder freigelassen worden seien.

In einem Exklusivinterview für RT zeigte sich Erdem zuversichtlich, dass es in der Türkei und im Westen bekannt sei, wer als Drahtzieher hinter den Giftgas-Anschlägen von 2013 stehe, die fälschlicherweise der Regierung von Baschar al-Assad vorgeworfen würden.

„Die Bestandteile der Chemiewaffe wurden in die Türkei eingeführt und anschließend in die Lager der Gruppierung Islamischer Staat in Syrien weitergeleitet – damals waren es Mitglieder von al-Qaida im Irak. Wir haben Aufnahmen, die dies belegen. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Untersuchung eingeleitet, und die Beteiligten wurden festgenommen. Allerdings wurden sie eine Woche später wieder freigelassen. Sie überquerten die türkisch-syrische Grenze und verschwanden“, so Erdem.

Den Aufnahmen von Telefongesprächen, die als Beweise dienten, seien Einzelheiten der Lieferungen zu entnehmen: Es gehe unter anderem um die Vorbereitung und die nötigen Bestandteile sowie darum, welche Fahrzeuge die Kämpfer an bestimmten Tagen nutzen würden u.a.m. Die Gespräche wurden laut Erdem vollständig aufgezeichnet. Trotzdem seien die Verdächtigten freigelassen worden. Der Abgeordnete ist überzeugt, dass der Giftgas-Anschlag auf einen Vorort von Damaskus im Jahr 2013 unmittelbar mit den Lieferungen zu tun hat: „Es ist sehr wahrscheinlich, dass bei der Attacke die Bestandteile genutzt wurden, die über die Türkei nach Syrien kamen. Der Angriff wurde ja den Regierungskräften in die Schuhe geschoben, allerdings war die syrische Regierung laut manchen Angaben damals nicht im Besitz vom Giftstoff – diesen hatten aber die Aufständischen. Soviel ich verstehe, wurde das Verfahren geschlossen, um die Schuld den syrischen Behörden aufzubürden“, führte der türkische Politiker aus.

„Die Lieferungen erfolgten über die Türkei, aber alle Materialien wurden in Europa gekauft. Die westlichen Quellen wissen bestens darum, wer der Drahtzieher des Giftgas-Angriffs in

Syrien ist. Ihnen ist es bekannt, dass diese Menschen für al-Qaida arbeiten. Der Westen treibt da ein doppeltes Spiel“, gab Erdem zu bedenken.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30088/76/300887689.jpg>

Dan-news.info: Der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko verstößt gegen das europäische Rechtssystem, wenn er die Annahme von Gesetzen unterstützt, die den Entzug der Staatsbürgerschaft wegen Separatismus vorsehen. Diese Auffassung vertritt heute der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs der DVR Eduard Jakubowskij.

„Die Ukraine strebt nach Europa. Dabei widerspricht die Kiewer Regierung durch eine Reihe politischer Schritte dem gewählten Kurs. Die Entscheidung Poroschenkos widerspricht den Gesetzen, die in den EU-Ländern gelten“, sagte Jakubowskij.

Nach seinen Worten ist in der europäischen Praxis der Entzug der Staatsbürgerschaft eine Strafmaßnahme, aber nur für solche Bürger, die diese erworben haben, das heißt aus anderen Ländern gekommen sind und nun in Europa einen ständigen Wohnsitz haben.

„Europa entzieht die Staatsbürgerschaft nicht Menschen, die auf seinem Territorium geboren sind. Poroschenko könnte durch seine Entscheidung tausende Ukrainer, die in der Ukraine geboren wurden, in einem Status ohne Staatsbürgerschaft lassen. Also widerspricht er dem politischen Kurs, der vor vielen Jahren von Europa gewählt worden ist. Und dabei erklärt er, dass Kiew die Integration nach Europa unterstützt“, unterstrich der Vorsitzende des Obersten Gerichtshof.

Er fügte hinzu, dass man unter Berücksichtigung des internationalen Rechts beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte jede Entscheidung eines Landes anfechten kann, auch den Entzug der Staatsbürgerschaft.

„Die Beschuldigung des Separatismus ist keine Grundlage, um Menschen die Staatsbürgerschaft zu entziehen, wie man auch immer die Verfassung und die Gesetze umschreibt. Es gibt internationale Konventionen, beispielsweise zu Menschenrechten, die die Ukraine ratifiziert hat. Und alle Gesetze müssen unter Berücksichtigung dieser Konventionen angenommen werden“, sagte Jakubowskij.

Zuvor hatte Poroschenko heute erklärt, dass unter Bedingungen des Kriegs das Land ein solches Instrument haben muss, wie den Entzug der Staatsbürgerschaft aufgrund von Separatismus. Er gab zu, dass dies „Änderungen in der Verfassung und in der Gesetzgebung der Ukraine erfordert“. „Aber ich werde die Abgeordneten bitten, dass sie diese Frage erörtern und nach Möglichkeit die Autoren der Petition und den Präsidenten der Ukraine berücksichtigen“, unterstrich das Staatsoberhaupt.

Zuvor war in die Oberste Rada ein Gesetzesentwurf eingebracht worden, das die Beendigung der Staatsbürgerschaft der Ukraine für Personen vorsieht, die Verbrechen gegen die nationale Sicherheit begangen haben. Wenn dieser Gesetzesentwurf von der Rada unterstützt wird, wird der Entzug der Staatsbürgerschaft fast 2 Mio. Einwohnern des Donbass drohen, die an den Wahlen für die Oberhäupter und die Abgeordneten der Volkssowjets der LVR und DVR am 2. November 2014 teilgenommen haben. Die Kiewer Regierung hatte

damals erklärt, dass die Wahlen der Verfassung widersprechen und der Sicherheitsdienst der Ukraine hat aufgrund dessen eine Strafverfahren aufgrund von gegen den Staat gerichteter Aktivitäten eröffnet.